

Das Verdammenswerte, daß Tief-Barbarische am Krieg, gerade am modernen, ist: daß er Menschen, die leben wollen, gesunde, schaffenskräftige, schaffensfrohe, unschuldige Menschen zwingt, sich töten zu lassen; und daß er sie zwingt, ebenso gesunde, lebensgewillte, produktive und unschuldige Menschen zu töten – Menschen die nur einen Fehler haben, von anderer Nation zu sein.
Kurt Hiller, 1920

Liebe Friedensfreundinnen und –freunde,

das Jahr 2016 war sicher das bedrückendste Jahr des noch jungen Jahrhunderts. Weltweit triumphieren Rechtsradikale (manche verharmlosen sie als Rechtspopulist_innen) und drohen mühsam errungene gesellschaftliche Fortschritte zu Nichte zu machen. Krieg ist wieder stärker zum Mittel der Politik geworden, die Waffenexporte explodieren geradezu und in der Türkei wird ein gescheiterter Putschversuch zur Steilvorlage zur Zerstörung von Demokratie. Gerade in diesem Umfeld ist eine aktive und starke Friedensbewegung wichtiger denn je. Auch 2017 werden wir uns einbringen mit Aktionen, Veranstaltungen und Protest gegen eine zunehmende Militarisation der Gesellschaft und gegen Krieg als Mittel von Politik. Jede und jeder Einzelne kann helfen. Entsprechend vielgestaltig sind auch diesmal wieder die Themen des aktuellen Newsletters. Der Ostermarsch 2017 steht wieder an. Wir laden für den 6.12. zu einem ersten Vorbereitungstreffen. Ein Beispiel wie Protest sich organisieren kann ist Büchel. Auch die Beteiligung des Friedensbüros hat geholfen, das Verbot von Atomwaffen wieder auf die Agenda zu setzen.

Friedensarbeit kann nicht eindimensional gesehen werden, so sind Menschenrechte, das Grundrecht auf Asyl und die Suche nach Fluchtursachen eng miteinander verwoben. Frieden schaffen heißt in erster Linie auch denen, die vor Krieg flüchten eine Zuflucht und eine gesicherte Existenz zu bieten, die drohende Abschiebung von Afghanen_innen ist auch aus pazifistischer Perspektive abzulehnen. Nicht nur deshalb haben wir uns an den Protesten gegen drohende Abschiebungen beteiligt.

Abschließend noch eine Bitte in eigener Sache: Seit 2,5 Jahren erscheint dieser Newsletter als Mail mit angehängter pdf-Datei in einer layouteten Version. Wir würden gerne wissen, was gefällt euch, was nicht? Wie würdet ihr euch einen Newsletter von DFG-VK und Friedensbüro wünschen? Was vermisst ihr, was ist zu viel? Rückmeldungen bitte an newsletter@frieden-hannover.de

Die Themen im Einzelnen:

- Termine
- Ostermarsch 2017
- Atomwaffen in Büchel
- Keine Abschiebungen nach Afghanistan!
- Aufruf von Herbert Schmalstieg zur Türkei
- Veranstaltungen zum Tag der Menschenrechte

Mit friedlichen Grüßen

für Friedensbüro und DFG-VK

Ralf Buchterkirchen



Termine

- 6.12. 19 Uhr im Pavillon, Ostermarsch-Bündnistreffen
- 13.12. 19 Uhr Kargah, DFG-VK Treffen
- 3.1. 19 Uhr im Kargah, Friepol AK, Raum im EG (!), Thema: Vorbereitung einer Syrienveranstaltung und Jahresplanung

Liebe Freundinnen und Freunde,
Wir vom Friedensbüro Hannover möchten euch herzlich einladen zum

**1. Vorbereitungs-/Bündnistreffen am Dienstag, dem 6. Dezember 2016 um 19 h im Pavillon
Thema: Ostermarsch / Kundgebung am Ostersamstag 15.4.2017**

Der Kampf gegen TTIP und CETA hat gezeigt: wir sind nur gemeinsam stark genug, um die Menschen zu erreichen, von den Medien beachtet und von den Politiker_Innen gehört zu werden!
Solch eine Stärke müssen wir uns auch für den Kampf um Frieden erarbeiten.

Das Friedensbüro Hannover lädt deshalb für 2017, wie in den vergangenen Jahren, alle friedenspolitisch und sozial engagierten Gruppen und Organisationen zu einem Vorbereitungstreffen für den Ostermarsch mit einer Kundgebung und ggf. mit einer kleinen Auftaktdemo ein.

Wir schlagen als Themenschwerpunkt vor (Arbeitstitel):

Es geht auch anders: Investieren in Frieden und Gerechtigkeit, nicht in Waffen und Kriege



Dies alles sind Diskussionsvorschläge – wir wollen beim Bündnistreffen darüber sprechen.
Und wir wollen auch über die Gestaltung des Ostermarsches reden und darüber, wie wir gemeinsam den Ostermarsch vorbereiten können und wie alle beteiligten Gruppen ihr jeweiliges Anliegen in das Gesamtkonzept einbringen können.

Wir freuen uns über eine Rückmeldung, aber Ihr könnt gerne auch einfach kommen! Falls Ihr grundsätzlich Interesse habt, aber zu dem Treffen

verhindert seid, teilt uns das bitte mit – möglichst mit Angaben dazu, was euch besonders wichtig ist.

Bitte innerhalb eurer Gruppen/Organisationen an Interessierte/Verantwortliche weitergeben. Danke!

Für das Friedensbüro Hannover Brunhild Müller-Reiß
Der komplette Aufruf findet sich im Anhang dieses Newsletters.



Büchel

Das Friedensbüro Hannover hatte - wie berichtet - im Juni mit 10 Personen an einer Blockadeaktion in Büchel teilgenommen. Hier geben wir einen Auszug aus dem Resumé von Roland Blach (Aktivist der Kampagne: Büchel ist überall-atomwaffenfrei.jetzt!) wieder.

„Nach Ende der zwanzigwöchigen Aktionspräsenz in Büchel in diesem Sommer, über die an dieser Stelle bereits mehrfach berichtet wurde, richtet sich der Blick der Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt“ auf das Jahr 2017, in dem nicht nur ein neuer Bundestag gewählt werden wird sondern wir davon ausgehen dürfen, dass es zu einem Start von Verhandlungen für einen Verbotsvertrag von Atomwaffen kommen wird.

Die Kampagne war im März 2016 gestartet mit dem Ziel den Druck auf die Politik immer weiter zu erhöhen, um unsere drei Forderungen durchsetzen zu können: Stopp der nuklearen Aufrüstung in Deutschland, Abzug der Atomwaffen aus Büchel und Verbot der Atomwaffen.

Mit der Aktionspräsenz gelang es deutlich stärker als zu Beginn erwartet, den Atomwaffenstandort Büchel als Symbol für die nukleare Abschreckung bekannt zu machen. Etwa 45 Organisationen und etwa 1.500 Menschen aus dem Bundesgebiet und aus dem europäischen Ausland beteiligten sich bis 9. August daran.....

Fast zeitgleich überstimmte eine Gruppe von 68 Staaten eine kleine Gruppe weiterer 22 Staaten in der Open-Ended-Working-Group (OEWG) der UN und schickte in ihrem Abschlussbericht aus Genf eine Empfehlung an die Vollversammlung, nächstes Jahr Verhandlungen über einen Verbotsvertrag aufzunehmen. Xanthe Hall von der IPPNW und Mitarbeiterin der Kampagne, hält diesen Beschluss für einen Meilenstein.

ICAN gab auf der Internetseite <http://www.atomwaffenfrei.de> im Oktober bekannt: UN-Mehrheit setzt Verhandlungen zum Atomwaffenverbot durch Abstimmungsergebnis kommt einer Abrüstungspolitischen Revolution gleich

Unser Verdienst: Mehrheit für Atomwaffenverbot [28.10.2016]

Donnerstagnacht stimmte in New York die überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaft im Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot noch im Jahr 2017. 123 Staaten votierten für Resolutionsentwurf L.41 und somit für das Mandat, bereits im März, Juni und Juli eine entsprechende UN-Konferenz einzuberufen. 38 Staaten, angeführt von Russland, den USA und den meisten NATO-Staaten stimmten dagegen, 16 Staaten enthielten sich der Stimme. Das Abstimmungsergebnis kommt einer Abrüstungspolitischen Revolution gleich. Noch nie haben es die Atomwaffenfreien Staaten gewagt, die Atomwaffenstaaten und ihre Alliierten in einer solchen Frage zu überstimmen. Dies ist auch der breiten und beharrlichen zivilgesellschaftlichen Unterstützung durch die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) zu verdanken. Die Entscheidung stellt auch eine neue weltpolitische Weichenstellung dar. Angesichts der Spannungen zwischen NATO und Russland, die zunehmend auch zu einer Verschärfung der nuklearen Rhetorik und Aufrüstung geführt haben, ist das Votum in New York von herausragender geopolitischer und diplomatischer Bedeutung. Über den u.a. von Österreich eingebrachten Antrag entscheidet zunächst das First Committee im Oktober. Die Generalversammlung wird sich erfahrungsgemäß im Dezember diesem Beschluss anschließen. Damit könnte sich ein Paradigmenwechsel vollziehen – weg von der Politik der atomaren Abschreckung hin zu einer Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen. Doch wir dürfen uns dabei keiner Illusion hingeben, denn dieser Prozess wird sich noch lange hinziehen. Zumal in den Atomwaffenstaaten große

Aufrüstungspläne umgesetzt werden sollen, die viel Geld verschlingen und die – wie zuletzt im Fall Nordkorea – durch ständige Machtdemonstrationen untermauert werden. Und die Bundesregierung fungiert als NATO-Mitglied in dieser Situation als Bremser, der bislang weder die Aufrüstung aktiv behindern noch einen Verbotsvertrag von Atomwaffen fördern will.

Doch die Zeit ist reifer denn je, denn eine Vielzahl von Staaten schreitet Seite an Seite mit vielen Akteuren der Zivilgesellschaft weltweit voran, um die Abkehr von der atomaren Abschreckung durchzusetzen. Mehr Informationen dazu gibt es unter <http://www.atomwaffenfrei.de>



Keine Abschiebung nach Afghanistan von Brunhild Müller-Reiß

Bundesinnenminister de Maizière fordert ‚zügige‘ Abschiebungen nach Afghanistan – das Land wird als ‚sicheres Herkunftsland‘ bezeichnet– geflüchtete Menschen sollen nicht bleiben!

Die seit über einem Jahr von Bundesinnenminister Thomas de Maizière gebetsmühlenhaft gegenüber den Bundesländern vorgetragene Forderung, Abschiebungen nach Afghanistan zu vollstrecken, setzt sich durch. Am 2. Oktober 2016 hat Deutschland mit Afghanistan ein Rücknahmeabkommen geschlossen. Niedersachsens Innenminister Pistorius hat sich bisher zurückhaltend geäußert, Abschiebungen nach Afghanistan gab es nicht (Ausnahme: Straftäter). In einem Brief fordert de Maizières die Länder jetzt auf, das Abkommen „zügig mit Leben zu füllen“. Mit Blick auf die landesweit zunehmend eskalierende Gewalt in Afghanistan, gehen Rückführungen mit unkalkulierbaren Risiken für die Betroffenen einher.

Aus diesem Anlass gab es am 19. 11. 2016 eine landesweite Kundgebung mit Demonstration in Hannover.

Es waren afghanische geflüchtete Menschen aus ganz Niedersachsen gekommen. Sie selbst erklärten in ihrer

eigenen Sprache ihre Situation – was einerseits sehr gut war – wir wollen ja keine Stellvertreter_innenpolitik machen – andererseits aber für viele Menschen in der Demo bzw. insgesamt im Innenstadtbereich nicht verstehbar war. Kürzere Ansprachen mit guter direkter Übersetzung wären in der Zukunft vielleicht besser.

Das Friedensbüro Hannover, das in den langen Jahren des Krieges gemeinsam mit anderen Friedensorganisationen den Krieg in Afghanistan, den militärischen Einsatz des Westens, der Bundesrepublik, scharf verurteilt und sich für friedliche Lösungen und Verhandlungen auf Augenhöhe eingesetzt hat, zitierte in einem Kundgebungsbeitrag Frau Käsmann mit den Worten „Nichts ist gut in Afghanistan“ – Das hat sie während des offenen Krieges gesagt – leider gilt es noch heute! Der unter deutscher Beteiligung geführte NATO-Einsatz wurde 2014 durch eine kleinere Nachfolgemission ‚Resolute Support‘ (RS) (‚Entschiedene Unterstützung‘), sowie eine gesonderte US-Antiterrormission ‚Freedom’s Sentinel‘ (‚Freiheitswache‘) ersetzt. Es sollen vor allem die afghanischen Streitkräfte (ANSF) ausgebildet, beraten und logistisch unterstützt werden. Deutschland stellt für die Ausbildung afghanischer Streitkräfte derzeit bis zu 850 Bundeswehr-Angehörige.

Nichts ist gut in Afghanistan, nichts ist gut in Syrien, nichts ist gut, wenn Kriege die Not vieler Menschen noch dramatisch verschärfen.

Deshalb müssen wir Krieg, Gewalt und Armut bekämpfen und gleichzeitig immer fragen: Was haben WIR damit zu tun, wo sind unsere Regierungen, wo ist unsere Lebensweise schuld an den weltweiten Katastrophen?



Und wir müssen die aus den Kriegs-, Gewalt- und Armutsgebieten geflüchteten Menschen bei uns aufnehmen. Das gilt für Menschen weltweit! Aber leider ist das in Deutschland, in der EU zunehmend weniger der Fall: immer mehr Länder werden zu sicheren Herkunftsländern erklärt, Überwachungselektronik wird in den Sudan und die Maghrebstaaten geschickt, der ‚Flüchtlingsdeal‘ mit der Türkei tut ein Übriges.

Eins der angeblich sicheren Herkunftsländer ist Afghanistan. Das ist gerade angesichts der jüngsten Terrorakte in Afghanistan ein Hohn: Der Spiegel zählt Anschläge, Tote und Verletzte auf:

- Afghanistan - Kundus - Dutzende Zivilisten sterben bei Nato-Luftangriff - 3. 11. 2016
- Taliban-Anschlag in Nordafghanistan: Außenamt zieht deutsche Diplomaten vorerst ab – 11.11.2016;
- Anschlag in Afghanistan: Bundeswehrsoldaten erschießen Motorradfahrer am 11.11.2016;
- Anschlag auf Konsulat: Taliban geben Deutschland Mitschuld an US-Luftangriff am 11.11.2016;

Die taz spricht am 15. Nov 2016 von 3.285 getöteten Menschen im Okt. 2016 bei 195 Angriffen. Und das Alles ist ja nur die Spitze des Eisbergs. Die Gewalt umfasst ganz Afghanistan, die materielle Lebenslage ist miserabel, die von Pakistan zurückgeschickten, vorher dorthin geflüchteten afghanischen Menschen leben wieder in Afghanistan in bitterster Armut, ohne Existenzgrundlage. Und in diese lebensgefährliche, die bloße Existenz nicht sichernde Situation sollen die zu uns geflüchteten Menschen zurückgeschickt werden? Da kann es ja kein Zufall sein, dass Deutschland/die EU Anfang Oktober ein Abkommen mit der afghanischen Regierung abgeschlossen haben, das Milliardenhilfen für ebendiese Regierung von der zügigen Zurücknahme geflüchteter Menschen abhängig macht. Wohlgermerkt: die Regierung bekommt das Geld, nicht die notleidenden Menschen. Bei den Menschen kommt nichts an! Das heißt: Menschenleben gegen Knete!

Das kann nicht sein! Das darf nicht geduldet werden! Wir fordern:

- Keine Abschiebungen nach Afghanistan!
- Genereller Abschiebestopp!
- Bleiberecht für Alle – und sofort!
- No border, no nation – no deportation!

Aufruf von Herbert Schmalstieg/Türkei

Liebe Freundinnen und Freunde,
täglich gibt es neue schreckliche Meldungen aus der Türkei. Erdogan und sein Regime kennt keine Grenzen. Täglich neue Verhaftungen und Schließungen von Vereinen und Einrichtungen. Gestern und heute hatte ich direkten Kontakt zu Freunden in Diyarbakir und Mardin. Die Lage ist bedrückend.

In Diyarbakir ist die Stadtverwaltung total ausgewechselt. Die Mitarbeiter haben Arbeitsstelle und Beamtenstatus verloren. Die Co- Bürgermeister weiter in Haft. **Wir sollten Ihnen Halt und Kraft geben und an sie schreiben. Selbst, wenn sie die Briefe nicht erhalten, wird es dort registriert. Es sollten auch Anträge auf Besuchserlaubnis gestellt werden.**

Die Regierung verweigert das bisher, aber es muss öffentlich Druck gemacht werden. Gestern zum Beispiel Abgeordneten, die den HDP Vorsitzenden Demirtas besuchen wollten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten des EU Parlaments aus fünf verschiedenen Ländern wurden daran gehindert, sich dem Gefängnis in Edirne zu nähern.

In Mardin wurden gestern der BM Ahmet Türk, die Co Bürgermeisterin und weiter 30 Personen festgenommen, die Verwaltung wird zurzeit durch Polizei und Militär "gesäubert". Heute wurden weitere 420 Mitarbeiter der Stadtverwaltung entlassen, weitere Verhaftungen fanden statt, dem BM werden Medikamente verweigert, Familienangehörige, die ihren inhaftierten Verwandten Kleidung bringen wollen, werden beschimpft, beleidigt und bedroht. Außerdem hören wir, dass heute wieder 100.000 Verwaltungsangehörige entlassen, über 350 Vereine und Einrichtungen und weitere Regionalzeitungen geschlossen worden sind.

Wir sollten weiter die Verantwortlichen in Stadt, Region, Land und Bund auffordern, gegen diese antidemokratischen Verhaltensweisen schärfstens zu protestieren. Wir werden auch dem Generalkonsul schreiben, das sollten auch einzelne tun, damit er merkt, dass der Hildesheimer Nordstadt Bürgermeister nicht alleine steht (siehe Anlage). [...]

Mit herzlichen Grüßen
Herbert Schmalstieg

Hier die Anschriften:

Gültan Kisanak

Kandira 1 Nolu F Tipi Yüksek Güvenlikli Kapali Cezaevi
Kandira/Kocaeli

Firat Anli/

Kandira 2 Nolu F Tipi Yüksek Güvenlikli Kapali Cezaevi
A 11/31 Kandira/Kocaeli

Regelmäßige Termine des Friedensbüro Hannover

Friedenspolitischer Arbeitskreis
an jedem 1. Dienstag im Monat 19 Uhr im Pavillon Lister Meile 1)

Aktiventreffen an jedem 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr in Hannover im Haus der Jugend, Maschstr.

Offenes Treffen des Friedensbüros an jedem letzten Freitag im Monat um 19 Uhr im Café K, Hannover Linden; Pariser Platz

Termine der DFG-VK Hannover

Die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Ortsgruppe Hannover trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr im Kargah.

Homepage:

<http://frieden-hannover.de>
<http://hannover.dfg-vk.de>
<http://deserteure-hannover.de>

Impressum/Hinweise

Dieser Newsletter erscheint monatlich und wird herausgegeben vom Friedensbüro Hannover und der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Hannover.

Kritik, Hinweise und Vorschläge bitte an newsletter@frieden-hannover.de
Redaktion: Ralf Buchterkirchen
buchterkirchen@dfg-vk.de

Leider können sich Termine ändern oder verschieben. Aktuelle Informationen finden sich unter www.frieden-hannover.de oder hannover.dfg-vk.de.

Steuerlich abzugsfähige Spenden

Friedensbüro Hannover e.V.
Bank für Sozialwirtschaft,
BIC BFSWDE33HAN
IBAN DE95251205100009453900

Veranstaltungsreihe zum Tag der Menschenrechte 2016

In Hannover hat sich ein breites Bündnis zum Tag der Menschenrechte gebildet (siehe unten), das den 10. Dezember zum Anlass einer interessanten Veranstaltungsreihe macht.

Für uns am wichtigsten erscheint mir die Informations- und Diskussionsveranstaltung am **Freitag, 2.12.16, 18:30 Uhr Kulturzentrum Pavillon - „Menschenrechte grenzenlos!“** **Thomas Gebauer** (Dipl.-Psychologe und Geschäftsführer der Hilfsorganisation medico international) fragt in seinem Vortrag, inwieweit Menschenrechte weltweit hinter ökonomische Interessen, insbesondere der westlichen Staaten, zurücktreten. Und welche Zusammenhänge zwischen unserem Wirtschaften, der Ausbeutung bestimmter Weltregionen und den ansteigenden Flüchtlingszahlen bestehen. Wir haben Thomas Gebauer schon mehrmals als äußerst kompetenten Referenten kennengelernt.

Außerdem entwickelt der Dichter und Hannah-Arendt-Stipendiat **Mohamad Alaedin Abdul Moula** aus Syrien in seinen Texten eine ganz eigene Vision von „grenzenlosen Menschenrechten“.

Und Schirmherrin **Heidi Merk**, ehemalige Landesministerin, spricht darüber, dass es bei Menschenrechten für sie „keine Ausnahmen“ gibt.

Ich finde auch die Ankündigung für **Samstag, 10.12., 19:00 Uhr, Haus der Religionen (Böhmerstr.8) - Mensch oder Geld? Die globale Wirtschaft und die Menschenrechte** spannend.

Funktioniert Wirtschaft nur, wenn sie die Menschenrechte ignoriert? Vortrag von W. Hirche (ehem. Wirtschaftsminister Niedersachsens). Mit einem Grußwort von Th. Hermann (Bürgermeister Stadt Hannover) und C. Franke (Amnesty International) und Begrüßung und Schlussworten von W. Reinbold und A. Faridi. Veranstalter: Haus der Religionen in Kooperation mit Amnesty International
Ich möchte gern wissen, wie ein früherer FDP-Wirtschaftsminister sich diesem Thema widmet, ist doch die FDP die Partei der Neoliberalen. Versucht er, das besser zu verkaufen oder hat er gelernt?

Die folgenden Veranstaltungen müssen aber nicht dahinter zurückstehen:

Do, 1.12., 19:00 Uhr, Faust (60er-Jahre Halle) Lost in Paradise

Ein Theaterstück des GET2gether-Jugendtheaters von IKJA e.V.. Es zeigt perspektivenreich die Lebenswelten von Einheimischen sowie neuzugewanderten Jugendlichen auf.

Wie unfrei sind wir in all unserer Freiheit? Mit Gesang, Tanz und Schauspiel wollen die 35 Jugendlichen die Zuschauer zum Nachdenken anregen.
Faust e.V. in Kooperation mit IKJA e.V.

Sa, 3.12., 11:00 Uhr, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. - Afghanistan. Flucht. Perspektiven?

Vortrag und Diskussion mit B. Mesovic (PRO ASYL), Th. Ruttig (Direktor des Afghanistan Analysts Networks) und jugendlichen Flüchtlingen aus Afghanistan.
Veranstaltung über die aktuelle Lage in Afghanistan sowie den Umgang mit afghanischen Flüchtlingen in Deutschland und ihre (Bleiberechts-) Perspektiven.
Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Mi. 7.12., 18:30 Uhr, Kino am Raschplatz, 8 € Filmreihe - Folge meiner Stimme

(OmU in Kurdisch und Türkisch). Mit feiner Poesie erzählt die Tragikomödie von einer alten Frau in einem kurdischen Bergdorf, die ihren Sohn retten will, der vom türkischen Militär verhaftet wird. Der preisgekrönte kleine Film klagt niemanden an, macht aber den Wahnsinn des Krieges umso deutlicher.
kargah e.V. in Kooperation mit den Filmkunstkinos Hannover

Fr, 9.12., 19:30 Uhr, IGS Südstadt - Lost in Paradise

Ein Theaterstück des GET2gether-Jugendtheaters von IKJA e.V (Weitere Infos siehe Do, 1.12.)
Janusz Korczak - Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V. in Kooperation mit IKJA e.V. und der IGS Südstadt

Mi, 14.12., 18:30 Uhr, Kino am Raschplatz, 8 € Filmreihe - Urmila

(OmU in Nepali und Englisch). Die Dokumentation zeichnet das Schicksal einer Nepalesin nach, die es von einer Sklavin zur Menschenrechtsaktivistin brachte.
kargah e.V. in Kooperation mit den Filmkunstkinos Hannover

BündnispartnerInnen: Amnesty International | Attac Hannover | Bildungsverein Hannover | Faust e.V. | Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. | Filmkunstkinos Hannover | Freizeitheim Vahrenwald | Initiative für einen internationalen Kulturaustausch e.V. | Janusz Korczak - Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V. | kargah e.V. | MigrantInnenSelbstOrganisationen Netzwerk Hannover e.V. | Organisation zur Wahrung der Menschenrechte in Vietnam e.V. (MRVN) | Palästina Initiative Region Hannover | Kulturzentrum Pavillon | Medinetz Hannover e.V. | Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. | Vietnam-Zentrum Hannover e.V. | Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V. | Stadt Hannover - Beauftragte für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt – Fachbereich Personal und Organisation | Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen

Agnes Hasenjäger